

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schullinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanfragen, sowie unsere Zeitungsträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

**Postcheckkonto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsbankkonto:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Reichsmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 179

Mittwoch, den 4. August 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

\* Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird seinen Erholungsurlaub in Bad Wildungen Ende dieser Woche beenden und spätestens am 9. August wieder in Berlin eintreffen.

\* Der französische Außenminister Briand erklärte einem Pressevertreter, daß er die Politik von Locarno fortsetzen werde. Poincaré habe die Regierung lediglich übernommen, um die Finanzfrage zu lösen.

Der polnische Sejm hat die Verfassungsänderungen und die Vollmachten für die Regierung bewilligt. Der Antrag der Sozialisten auf Auflösung des Parlaments wurde abgelehnt.

Nach Meldungen aus Beirut hat sich die Lage in Syrien für die Franzosen verschärft. Das ganze Land befindet sich im Aufruhr.

Der chinesische Hauptdelegierte beim Völkerbund erklärte einem Pressevertreter, daß China die Einmischung in seine inneren Angelegenheiten ablehne und die ungleichen Verträge, die es zu Gunsten der anderen Mächte gemacht hätten, nicht erneuern werde.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Kolonialanspruch und Parteizwist.

Auf der Kolonialwoche in Hamburg hat der Hamburger Bürgermeister, Dr. Petersen, die Begrüßungsansprache gehalten. Dr. Petersen ist eingeschriebenes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, aber diese Ansprache war von einem nationalen Schwung getragen, wie man ihn nicht nur nicht in den führenden demokratischen Blättern jemals findet, sondern wie er auch, wenn er sich irgendwo zeigt, gerade von diesen Blättern verhöhnt und oftmals sogar als schädigend für die Politik des Reiches bezeichnet wird. Daß es ein Demokrat war, der mit so nationaler Betonung zur Kolonialfrage sprach, ist demnach besonders beachtenswert und das um so mehr, als Dr. Petersen ein Wort prägte, das verdient, zum Leitmotiv für alle innerdeutsche Arbeit um die Erfüllung des deutschen Kolonialanspruches erhoben zu werden. „Die koloniale Sache ist eine deutsche Sache. Sie hat nichts mit irgendwelcher Parteipolitik, sondern nur mit den Lebensinteressen Deutschlands zu tun!“ Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber tagtägliche Erfahrungen lehren, daß die innere deutsche Parteizerrissenheit Deutschlands Kraft im Kampfe um die Wiedererlangung von Kolonien ebenso schwächt wie diese Parteizerrissenheit immer und immer wieder sich als der deutschen Außenpolitik überhaupt schädigend erweist. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß Deutschland Kolonien notwendig hat und daß dem deutschen Volke das Recht auf Kolonien zusteht. Trotzdem ist es bisher noch nicht gelungen, eine wirklich geschlossene Front aller deutschen Parteien gegen die Koloniallüge herzustellen. Das scheint vornehmlich an der Haltung der Sozialdemokraten, deren Führerschaft, ganz im Gegensatz zu Bebel, einer neuen kolonialen Betätigung Deutschlands alles andere als geneigt gegenübersteht. Der Kampf gegen die Koloniallüge ist vom Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage nicht zu trennen, und wenn auch heute selbst von der Gegenseite der Vorwurf, Deutschland und das deutsche Volk seien zur Verwaltung kolonialer Gebiete weder moralisch noch praktisch befähigt, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, so besteht doch die Kriegsschuldfrage immer noch fort. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage aber ist zugleich der Kampf, der die Koloniallüge endgültig abwürgt. Wenn die Sozialdemokratie, wie sich das bei dem Besuch des amerikanischen Professors Barnes in Deutschland erwies, es nicht nur ablehnt, sich gegen die Kriegsschuldfrage zu wenden, sondern sie sich sogar zum innerpolitischen Kampf zu eigen macht, dann ist auch auf ihre Mittreue gegen die Koloniallüge nicht zu rechnen. Aber müssen die Parteien, die wie das Zentrum und die Demokratie sich innerpolitisch nur allzu fest an die Sozialdemokratie gebunden haben, auch ihren Bundesgenossen auf diesem Gebiete Folge leisten? oder müßten sie nicht gerade alles, was in ihren Kräften steht, dafür tun, daß die Sozialdemokraten wenigstens hier sich in die allgemeine Front einordnen und gemeinsam mit den anderen Parteien den Kampf für die Anerkennung des deutschen kolonialen Anspruches führen. Die Rede des Senators Petersen läßt hoffen, daß wenigstens große Teile in der Demokratie diese Notwendigkeit erkannt haben. Das Zentrum hat bereits eine ganze Menge Kämpfer, insbesondere auch den Minister Dr. Sell für die koloniale Sache gestellt. Und so ist wohl begründete Aussicht dafür vorhanden, daß hier wenigstens der inner-

## Briand für die Fortsetzung der Politik von Locarno.

Berlin, 3. Aug. (Draht.) Nach einer Drahtmeldung aus Wien veröffentlicht die Neue Freie Presse eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters in Paris mit Briand. Briand erklärte: Die Politik der neuen Regierung bedeute keine Aenderung der auswärtigen Politik. Das beweise schon seine Anwesenheit auf diesem Platz. Poincaré habe die Regierung übernommen, um die Finanzfrage zu lösen. Ein außenpolitisches Programm der Abkehr von der jetzigen Außenpolitik bedeute sein Name nicht. Seine, Briands Politik, sei eine Politik von Locarno. Die Abmachungen von Locarno seien zum großen Teile erfüllt. (Von Frankreich jedenfalls nicht! D. N.) Er könne darauf verwiesen, daß er schon vor der Konferenz auf eine Milderung des Rheinlandregimes hingearbeitet habe. Der Rest der Abmachungen, der noch zu verwirklichen sei, werde verwirklicht werden. Das wäre vielleicht schon geschehen, wenn nicht die französische Regierungskrise die Abwicklung verzögert hätte. Freilich sei guter Wille von beiden Seiten erforderlich. Im Rheinlande habe es während der letzten Zeit allerlei Vorfälle gegeben, die in Frankreich die öffentliche Meinung irritiert hätten, beispielsweise gewisse geräuschvolle Erinnerungstagen. Das sei die Zeit für die Entwarnung. In allerlei kleinen Einzelheiten sei Deutschland mit der Entwarnung im Rückstande. Er messe dem weiter keine Bedeutung bei, aber die öffentliche Meinung Frankreichs werde unruhig, wenn sie höre, daß die Entwarnung Deutschlands auf neue Schwierigkeiten stöße. Aus diesem Grunde würde er wünschen, daß Deutschland alle Maßnahmen durchführe, die noch durchzuführen seien. Die Politik von Locarno bedeute eine Politik der Verständigung mit Deutschland. Es sei seine feste Überzeugung, daß ohne eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland das europäische Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden könne. Es sei seine Absicht, im Herbst wieder nach Genf zu gehen, um bei der Annahme Deutschlands in den Völkerbund mitzuwirken. Dieser Aufenthalt sei ihm die willkommenste Gelegenheit, Unterhaltungen mit den deutschen Staatsmännern zu führen und zwar sehr ausgedehnte Unterhaltungen. Wenn er von einer Ausgestaltung der Politik von Locarno spreche, so denke er dabei u. a. auch an eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, an eine wirtschaftliche Durchdringung. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland werde auch künftig eines seiner Ziele sein.

Dieser französischen Lobpreisung von Locarno stellen wir die Tatsache gegenüber, daß unsere französischen „Freunde“ es für gut befunden haben, uns zur Sicherung ihrer Freundschaft neue schmählische Bedingungen betreffs ihrer militärischen Ausrüstung zuzumuten. Und im Rheinlande merkt man von dem Segen von Locarno noch wenig. So konnte es kürzlich geschehen, daß deutsche Bürger in Koblenz, die eine Verwandte gegen Zudringlichkeiten eines französischen Offiziers zu schützen suchten, zu sinnlos hohen Strafen verurteilt wurden, während der Attentäter: straflos blieb und lediglich verhaftet wurde. Und die wahnwitzigen Lustig-

deutsche Parteizwist überwunden wird, wodurch allein der Erfolg herbeigeführt werden kann.

## Die Gärung in Rußland.

In gut informierten Moskauer Kreisen wird von großen Personalveränderungen nach der Auflösung Sinowjews gesprochen. Der erste Handelskommissar Kamenev und der stellvertretende Kriegskommissar Anisimow werden bereits dieser Tage ihre Posten verlassen. Der Pariser Botschafter Katowitsch dürfte den Posten Sinowjews erhalten. Kaptow und Bucharin befehlen die Provinz und halten große Versammlungen ab, zu denen Teilnehmer unter terroristischer Androhung herangezogen werden. Ebenso soll nach neuester Version zum Kommissar für innere Angelegenheiten Werschnin und zum Verteidigungskommissar Sieriebriatow ernannt werden.

Bei dem verhafteten Privatsekretär Derschinits, Biologodski, fand man ganze Lager von Kofferten, Edelsteinen, Ringen, Schmuckstücken, Uhren und sehr viel gemünztes Gold aller Provenienzen.

Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß Sinowjew am Dienstag dieser Woche einen sogenannten Urlaub auf zwei Jahre antreten wird. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, wo Sinowjew seinen Urlaub verbringen wird. Man spricht vom Ural oder Sibirien.

Moskau, 2. August. Der deutsche Botschafter Graf Brodowski-Rangau trifft zu einem eintägigen Besuch der deutschen Kolonial-

morde, die Frankreich vor wenigen Jahren im besetzten Gebiet begangen hat — sind sie heute vielleicht schon alle gut gemacht worden, auf Grund der Londoner und Locarnoer Vereinbarungen? Immer noch schmachten 150 Rheinländer, meist jugendlichen Alters, in französischen Zuchthäusern, und zwar für Vergehungen, die größtenteils garabazu lächerlich geringfügig waren.

Die sinnfälligsten Enttäuschungen, die uns Locarno gebracht hat, sind aber die auch jetzt, acht Monate danach, noch immer andauernden viel zu großen Heeresbesetzungen im besetzten Gebiet. Im Oktober wurden uns, wie erinnerlich, die Locarnoer Abmachungen schmählich gemacht mit der Zusicherung, das Militär werde auf die „normale Stärke“ herabgemindert werden, also auf 45—50 000 Mann. Heute aber stehen in der zweiten und dritten Zone weit über 80 000 Mann, und die Besetzung ist gegenüber der Zeit der Locarno-Tagung noch um 8000 Mann größer geworden! Immer wieder und wieder müssen wir die Wahrnehmung machen, daß England und Frankreich sich an keine vertragliche Verpflichtung (Räumung der Kölner Zone), kein gentlemen agreement (Abkürzung der Besatzungsdauer), kein gegebenes Ehrenwort (Frieden der 14 Punkte), keine privaten Versprechungen (Herabminderung der Besatzungstruppen) halten. Schon ist im Rheinland das bittere Wort gefallen, das Wort Lorelei sei nach dem Muster der Düsseldorf-Geselle gebildet, müßte aber fortan Lorelei geschrieben werden, denn es bedeute: Locarnoer Räumungs-Leim!

## Deutschland und Genf.

Berlin, 2. August. Wie verlautet, wird der Reichsminister des Auswärtigen seinen Erholungsurlaub in Bad Wildungen Ende dieser Woche beenden und spätestens am 9. August wieder in Berlin eintreffen. Minister Dr. Stresemann wird also auch, ebenso wie Reichspräsident von Hindenburg an der Verfassungsfeier teilnehmen können. Es kann angenommen werden, daß nach der Rückkehr des Außenministers die schwelenden Verhandlungen über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die damit zusammenhängenden Fragen in ihr letztes Stadium gekommen sind. Nach Klärung der Sachlage wird sich die Reichsregierung dann auch über die Zusammenlegung der deutschen Delegation für Genf schlüssig werden müssen. Es gilt als selbstverständlich, daß der Reichsminister des Auswärtigen an der Delegation wiederum teilnimmt. Es ist aber noch nicht sicher, ob auch Reichspräsident Marx mit nach Genf fahren wird. Bis zur Stunde ist im übrigen eine besondere Aufforderung des Völkerbundssekretariats an die Reichsregierung zur Teilnahme in Berlin noch nicht eingetroffen. Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, erhält es nicht eine der üblichen Einladungen, die an die übrigen Völkerbundsmächte gefandt werden, sondern die deutsche Regierung wird in der Form eingeladen, wie es üblich ist, wenn es sich um Neuaufnahmen von Mächten in den Völkerbund handelt. Das Programm der Herbsttagung des Völkerbundes, die am 6. September beginnt, umfaßt 22 Punkte. Als erster Punkt ist die Prüfung des Berichtes der ersten Kommission, der sogenannten Ratserweiterungskommission der außerordentlichen Märzversammlung, über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorgesehen.

nach Leningrad. Der Botschafter wird über Heilingsfors nach Berlin weiterreisen, wo er am 6. August eintreffen gedenkt.

## Der Kirchenstreit in Mexiko.

Mexiko, 2. August. (Associated Press.) Der amerikanische Generalkonsul hat beim Staatsdepartement gegen die Wiedererlangung des Eigentums der amerikanischen Episkopalkirche San José de Guatima ein Protest erhoben. Die Kirche war seit 1857 amerikanischen Besitz, wurde aber von einem mexikanischen Geistlichen verstaatlicht. Die Regierung hat auf den Einspruch erwidert, der Geistliche habe das Kirchengeld nicht in der vorgeschriebenen Weise geführt.

## Amerika und der mexikanische Kirchenstreit.

London, 3. August. (Draht.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Mexiko: Der Beschluß der amerikanischen Kirche von San José durch die mexikanische Regierung werde große Bedeutung beigemessen, weil man es für wahrscheinlich halte, daß es nunmehr zu einem Zusammengehen zwischen Washington und London kommen werde. Dagegen berichtet die „Times“ aus New York, das amerikanische Staatsdepartement wolle entscheiden, solange wie möglich zu vermeiden, in den mexikanischen Kirchenstreit verwickelt zu werden. In Washingtoner amtlichen Kreisen sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, vollkommene und absolute Neutralität in diesem Kon-